

Verbleib des
Stadtfeuers Bocholt
Katholischer Wapen
des Stadtrates
von Bürgermeister
Krause und Kämmerer
Krause

Nummer 225

Dienstag, den 14. August

Jahrgang 1928

Volksblatt

Geschäftsstellen:
Bocholt, Melburger
Str. 14, Bocholt.
Bocholt, Melburger
Str. 14, Bocholt.
Bocholt, Melburger
Str. 14, Bocholt.
Bocholt, Melburger
Str. 14, Bocholt.

Nationale Minderheiten und die Kirche.

Es ist den reichsdeutschen Katholiken in den letzten Jahren nicht ganz mit Unrecht häufig der Vorwurf gemacht worden, sie nähmen viel zu wenig Anteil an dem Schicksal der deutschen Minderheiten in den einzelnen „Nationalstaaten“ Mitteleuropas. Da die deutschen Volksgenossen, die unter der Herrschaft fremdnationaler Staatsvölker leben müssen, fast zu Recht katholisch sind, habe der deutsche Katholizismus die besondere Aufgabe, die Verbindung der deutschen Minderheiten mit dem Reich herzustellen. Dem Vorwurf kann heute mit dem Einwand begegnet werden, daß das Interesse der reichsdeutschen Katholiken für auslandsdeutsche Fragen zum mindesten im letzten Jahre sehr reger geworden ist und gerade auch bei den Beratungen des Dortmunder Katholikentages die auslandsdeutschen Probleme in den Vordergrund gerückt wurden. Aber immerhin haben wir deutsche Katholiken uns klar zu machen, daß das gemeinsame religiöse Bekenntnis uns besondere Verpflichtungen dem Auslandsdeutschen gegenüber auferlegt.

In letzter Zeit ist unser Verständnis dafür gewachsen, wie sehr die Erhaltung der volkstümlichen Eigenart einer nationalen Minderheit häufig davon abhängt, daß sich das religiöse Leben in den allhergebrachten Formen bewegen kann. Im Elsaß, in Flandern, in Slowenien und Südtirol, in den deutschen Siedlungen Südosteuropas kämpfen die katholischen Priester in vorbestehender Weise für die angestammte Art ihrer Volksgenossen, weil sie wissen, wie groß die Gefahr ist, daß die Abgabe an das Volkstum sich zur Gleichgültigkeit gegenüber der Religion, die nicht mehr nach den Gebrauchen der Väter geübt werden kann, entwickelt. Die Seelsorge bei einer nationalen Minderheit kann ihrem Wesen nach zwar immer nur eine religiöse Aufgabe sein, aber verschiedentlich überschneiden sich die Linien der nationalen und kirchlichen Interessen, so daß die religiöse Arbeit gleichzeitig der Stärkung des Volkstums dient.

Das Gesamtbild der katholischen Kirche gliedert sich gegenwärtig in zwei gleichberechtigte Hälften, in das Recht der lateinischen Kirche und das Recht der orientalischen Kirche. Diese Unterscheidung quillt im tiefsten Grunde aus dem Spalt völkischer Verschiedenheit. Der Kampf der Orientalen, insbesondere der Ukrainer, für die Erhaltung ihres eigenen Ritus bei der Messfeier endete mit einem glänzenden Sieg zugunsten der völkischen Eigenart der Ukrainer. Das Eintreten des Papstes für eine kämpfende Minderheit, wenn auch bloß für ihre religiösen Angelegenheiten, ist eine bemerkenswerte Tatsache, die der modernen Zeit manches zu sagen hat. Wenn an dem Abwehrkampf der Ukrainer gegen die Polen im 18. Jahrhundert gezeigt werden kann, daß die Kirche entschieden für die Rechte der Gläubigen eintritt, die in einem Staat eine andere Sprache reden, wie die große Mehrheit, daß sie nicht gestattet, die Religion als Mittel zur Nationalisierung zu benutzen, so verdienen doch, soweit deutsche Minderheiten in Frage kommen, jene Bestimmungen des seit 1918 geltenden kirchlichen Gesetzbuches (Codex juris canonici), welche Vorteile für fremdsprachige Bürger eines Staates bieten, die größere Beachtung.

Der Ausdruck „Minderheit“ ist zwar dem kanonischen Recht ganz unbekannt. Doch lassen sich eine ganze Reihe Möglichkeiten aufzeigen, Vorschriften des kanonischen Rechts zugunsten einer nationalen Minderheit zu benutzen. Da im Kanon 218 § 4 von der Erziehung von Nationalparochien die Rede ist, wird das Minderheitsproblem sachlich sogar einmal ausdrücklich behandelt. Neben der Nationalparochie, zu der Angehörige derselben Sprache von den übrigen Gläubigen getrennt werden können, ist es möglich, durch Stiftungen, Patronatsrechte, Bildung von kirchlichen Vereinen, Errichtung eigener Schulen die völkischen Belange einer Minderheit auch innerhalb einer kirchlichen Organisation zu wahren. Sehr wichtig ist auch, daß für die Minderheit die Heranbildung des geistlichen Nachwuchses aus dem eigenen Volke gesichert wird. Aus zahlreichen kirchlichen Verordnungen schält sich immer wieder der Grundsatz heraus: Die Gläubigen sollen in ihrer Muttersprache pastoriert werden. Die Kirche verlangt und ist immer dafür eingetreten, daß den Gläubigen in ihrer Muttersprache die Glaubenswahrheiten verkündet werden, daß bei der Predigt und Beichte, beim Volksgesang und im Religionsunterricht die den Gläubigen wirklich verständliche Muttersprache verwendet wird. Sie hat sich immer dagegen erhoben, wenn der engbrüstige Chauvinismus, wie heute in Südtirol, nicht einmal ärgerte, den Gottesdienst und Religionsunterricht für seine Zwecke dienlich zu machen.

Von besonderem Interesse ist die Lage der deutschen Katholiken in Polen und Südtirol. Durch das polnische Konfessionsgesetz sind insbesondere die deutschen Katholiken in Galizien und in Pommern von der Polonisierung ihres kirchlichen Lebens bedroht, während in Oberschlesien der deutschen Minderheit durch das deutsch-polnische Abkommen vom 15. Mai 1922 einige Rechte mehr zugesprochen werden mußten. In Südtirol droht den

Deutschen dadurch Gefahr, daß die Belgrader Regierung bei den Konfessionsverhandlungen vom Apostolischen Stuhl das Zugeständnis zur Einführung der alt-slawischen Kirchensprache an Stelle des Lateinischen bei der Messe erstrebt. Damit hofft man das katholische Kirchenleben in ähnlicher Weise nationalisieren zu können, wie dies im hohen Grade bei der orthodoxen Kirche bereits der Fall ist. Da in Südtirol der deutsche Priesterstand besonders gering ist, ist die Bedrohung und die Gefahr für das deutsche Volkstum überaus groß.

Das Deutsche Reich hat die Aufgabe und die Pflicht, für die Erhaltung des deutschen Volkstums in Mitteleuropa Sorge zu tragen. Vielleicht kann es die Gelegenheit des Konfessionsabchlusses benutzen, um Zugeständnisse und Vorteile zum Schutze des deutschen

Volkstums außerhalb der Reichsgrenzen zu erhalten. Gerade von diesem Gesichtspunkte aus sollten unsere politischen Gegner noch einmal ihre Stellung zur Konfessionsfrage überprüfen und nicht so oberflächlich und mit einer Handbewegung jede Vereinbarung mit der Kurie abtun. Bei der gegenwärtigen Lage kann ein Konfessionsabkommen, wenn es gleichzeitig die religiösen Verhältnisse der deutschen Minderheiten berücksichtigt, nicht nur für den katholischen Volksteil, sondern für die gesamte deutsche Nation von entscheidender Bedeutung sein.

Die staatlichen Veränderungen des letzten Jahrzehnts in Europa zwingen uns katholische Deutsche, wie schon eingangs betont, an dem Schicksal unserer Volksgenossen in fremdsprachigen Ländern besonderen Anteil zu nehmen.

Die Völkerbundsantwort an Litauen.

Sicherheitsmaßnahmen nicht erforderlich.

* Genf, 13. Aug. Der litauische Ministerpräsident Wolbemas hatte bekanntlich am 23. Juli beim Generalsekretär des Völkerbundes einen Schritt unternommen, um die Anwendung von Sicherheitsmaßnahmen durch den Völkerbund zum Schutz gegen Grenzverletzungen anlässlich der polnischen Randverschiebung an der litauisch-polnischen Grenze herbeizuführen. Die litauische Note war damals vom Generalsekretär des Völkerbundes gemeinsam mit der polnischen Antwortnote, die die Gefahr von Grenzverletzungen in Übereinstimmung mit dem Völkerbundsstatut sowie dem Berichterstatter im Rat, dem holländischen Außenminister, zur Entscheidung übermitteln worden und zwar in Bezug auf die Bestimmungen der Statuten des Völkerbundes vom 10. Dezember 1927 über die Regelung der polnisch-litauischen Beziehungen. Der Generalsekretär des Völkerbundes hat nunmehr in einem Schreiben den litauischen Ministerpräsidenten davon in Kenntnis gesetzt, daß der gegenwärtige Ratpräsident, der Berliner Gesandte von Coudenhove-Kalergi, und der holländische Außenminister im Hinblick auf die Erklärungen der polnischen Regierung eine Anwendung der in der Ratensitzung vom Dezember 1927 vorgesehenen Sicherheitsmaßnahmen für den Fall drohender Grenzkonflikte nicht für erforderlich erachte.

Der Schritt der litauischen Regierung hat somit von seiten des Völkerbundes eine antilige Abgabe erfahren. Der Ratpräsident und der Berichterstatter im Völkerbundsrat, die polnisch-litauischen Fragen haben sich auf den Boden der polnischen Note gestellt und entsprechend den Mitteilungen in der Note der polnischen Regierung die Notwendigkeit von besonderen Sicherheitsmaßnahmen nicht als gegeben angesehen. Die Ablehnung wird begründet mit den Erklärungen der polnischen Regierung, daß sie nichts Feindseliges gegen Litauen im Sinne habe. Solche feierlichen Erklärungen hatte seinerzeit auch Baderewski vor dem Völkerbundsrat in Gegenwart von Wolbemas abgegeben; aber wenige Tage danach zog der General Seligowski vertragswidrig in Litauen ein. Möge die weitere Entwicklung der Dinge den vergeblichen Optimismus, den sich der Ratpräsident

und der Ratpräsident in diesem Fall zu eigen gemacht haben, nicht Lügen strafen!

Die Tagung der polnischen Regionäre.

* Warschau, 13. Aug. Die Regionärstagung ist ruhig und ohne Zwischenfälle verlaufen. Am Montag fand ein Bankett statt, auf dem u. a. auch der General Radosz Smigly eine Rede hielt und betonte, Litauen sei immer polnisch gewesen und werde auch immer polnisch bleiben. Zum Schluß deutete er an, daß noch am gleichen Tage bedeutende politische Worte gesprochen werden würden, womit er auf die Rede Wisludzki anspielte, die jedoch ganz unpolitisch und lediglich auf die in gebührender Stimmung befindlichen Regionäre berechnet war. Am Abend war der Saal „Reboute“ in dem Wisludzki sprechen sollte, schon stundenlang vorher vollständig überfüllt, so daß die Vorkonzerte trotz weitestgehender Überprüfungsmaßnahmen kaum Eingang fanden. Der Saal, der, wie die meisten der Gäste, in gebührender Stimmung befand und eine Rede auf den General Sutowicki hielt. Marschall Wisludzki wurde dann mit minutenlangem Beifall begrüßt, der sich nach jeder von ihm ergriffenen Anekdote wiederholte. Wichtig war an seinen Worten der oft wiederholte Appell an die Loyalität und Zuverlässigkeit seiner alten Regimentskamaraden, was durch lebhaftes Zurufe bestätigt wurde. Die allgemeine Stimmung, die am Morgen durch ungünstiges Wetter und anhaltenden Regen gelitten hatte, hob sich am Abend in der ganzen Stadt von Stunde zu Stunde, weil überall der festliche Tag gefeiert wurde. Die Zahl der Teilnehmer wird auf 6-8000 geschätzt. Die Minister und die Pressevertreter sind am Sonntagabend zum größten Teil wieder nach Warschau abgereist. Wisludzki selbst mit seiner Umgebung, sowie die Generalität und die meisten Regionäre sind noch in Litauen geblieben, ohne daß man weiß, ob diesem Umstand besondere Bedeutung beizumessen ist. Man nimmt an, daß der Marschall vielleicht von seiner näheren Umgebung von der öffentlichen Behandlung jenseits der innerpolitischen Fragen wie auch der polnisch-litauischen Frage abgebracht worden ist und sich damit begnügt hat, in einer auf seine alten Militärkamaraden zugeschnittenen Ansprache seine Unhänglichkeit an seine Vaterstadt Litauen zum Ausdruck zu bringen.

Eine Entschleifung.

* Warschau, 13. Aug. Der gestern in Litauen veranfaßte Kongreß der Regionäre sollte u. a. eine Entschleifung, in der verheißt wird, daß alle Regionäre ihre Anführungen vereinigen würden, die jegliche gültige Verfassung derart zu ändern, daß der wertvolle Wert Marschall Wisludzki für immerwährende Zeiten befestigt werde.

Die englisch-französische Opposition gegen Amerika.

Besorgnis über das Rüstungsabkommen.

— Washington, 13. Aug. In dem Blatt „Washington Star“ führt der politische Schriftsteller Simonds aus, Amerika sei durch das französisch-englische Rüstungsabkommen in eine isolierte Stellung gedrängt worden, und die Lage sei zur Zeit sehr ernst. Es sei jedoch anzunehmen, daß es darüber nicht die Ruhe verliert, sondern die weiteren Entscheidungen abwartet. Jedemfalls sei es widerförmig, daß kurz vor der Unterzeichnung des Antirüstungspaktes England und Frankreich eine so entschiedene Opposition gegen Amerika beginnt und gerade Schiffstypen ablehnt, die Amerika am meisten benötigt, nämlich die 10000 Tonnen-Kreuzer und große Tauchboote. In Zusammenhang mit der Verschärfung der Flottenfrage bringen die Blätter eine Meldung der Associated Press aus England, wonach der Erste Lord der Admiralität, Bridgeman, in Hellefeld-Vorträgen erklärte habe: „Kellogg sagt, wir Amerikaner sind Idealisten und werden den Krieg in Acht und Bann tun. Es ist viel leichter, derartige Phrasen zu machen, als sie in die Tat umzusetzen.“

Eine Taktlosigkeit.

Gegen die Teilnahme britischer Kavallerie an den französischen Rheinlandmanövern.

— London, 13. August. Zu der Meldung von der Teilnahme britischer Kavallerie an den französischen Rheinlandmanövern schreibt „Manchester Guardian“ im Leitartikel: Handelt es sich hier um eine Taktlosigkeit oder hat dieses Vorgehen politische Bedeutung? Wenn der Kriegssekretär auf eigene Initiative hin gebandelt hätte, sollte ihm die Entscheidung des Auswärtigen keine Genehmigung erteilt hat, so sollte er dem Land seine Gründe nennen. Die Angelegenheit ist gegenwärtig besonders schwer begreiflich und zwar aus zwei Gründen: 1. Da die Rheinlandmanöver bestimmt bei der Zukunft des Völkerbundes eine Rolle spielen wird, ist es besonders erwünscht, alles zu vermeiden, was die Furcht erwecken kann. 2. In Locarno haben wir versprochen, Frankreich gegen Deutschland zu helfen, aber auch Deutschland gegen Frankreich zu schützen. Wenn jetzt britische Truppen an den Manövern einer verfeindeten Partei teilnehmen, so sollte klar ausgesprochen werden, daß sie genau so bereit sind, an den Manövern der anderen Partei teilzunehmen; andernfalls muß die Zusammen-

Riesenbrand in Wilhelmsburg.

Wilhelmsburg, 13. August. Am Montag nachmittag gegen 5 Uhr entstand in einem großen Lagerstuppen in der Kanalstraße ein Brand, der sich mit ungewöhnlicher Schnelligkeit ausbreitete. Innerhalb weniger Minuten stand der riesige Stuppen, in dem einige hundert Stahlfässer mit Sauerstoff, Ammoniak, Ätznatron und anderen Säuren sowie Harz, Terpentin, Schwefel und Chlor neben großen Mengen von Erdnüssen, Mehl, Futtermitteln und schließlich für über eine Million Mark Baumwolle der Hamburger Wollspinnereien lagerten, in hellen Flammen. Mit donnerndem Krachen explodierten die Stahlfässer. Die Sprengkräfte wurden hoch in die Luft geschleudert. In der Kuehlerstraße wurde ein Zuschauer von einem Sprengstück getroffen und erlitt einen Bruch des Schulterblattes. Im Borsingkanal liegende Schuten mit Öl, Harz und Terpentin sind gleichfalls in Brand geraten. Die brennenden Öle breiteten sich auf dem Wasser aus und gefährdeten die ganze Gegend. Bisher konnte der Brand noch nicht gelöscht werden. Als Entschuldigungsursache wird Brandstiftung angenommen.

arbeit französischer und britischer Truppen bei den militärischen Übungen den Eindruck erwecken, daß wir wieder zum alten System zurückkehren, von dem man glaubte, es sei durch Locarno beseitigt worden. Es ist ein großes Unglück, daß das Parlament nicht tagt und daß Chamberlain krank ist und von einem Minister vertreten wird, dessen Urteilsfähigkeit kein Vertrauen erwecken kann. Dieser Zwischenfall trägt dazu bei, den Eindruck zu verstärken, daß eine Veränderung in unserer Außenpolitik eingetreten ist und daß wir zu den alten Methoden und der alten Geheimpolitik zurückkehren.

Die Einladung ging vom Quai d'Orsay aus.

London, 13. August. Der „Evening Standard“ berichtet, daß die Teilnahme englischer Kavallerie an den französischen Rheinlandmanövern eine politische Angelegenheit sei, da die Einladung nicht vom Generalstab ausgegangen sei, sondern vom Quai d'Orsay. Diese Feststellung entfällt die bisher in der liberalen englischen Presse vertretene Ansicht, daß es sich nur um eine freundschaftliche Geste gegenüber Frankreich handelte. Die Stellungnahme der konservativen „Morning Post“ gewinnt dadurch besondere Bedeutung. Das Blatt brachte es fertig, bei dieser Gelegenheit von mangelndem deutschen Takt zu sprechen und zu betonen, daß die deutsche Kritik an Angelegenheiten, die nur England und das befreundete Frankreich angehen, der Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Großbritannien und Deutschland nicht förderlich sein könne.

Strefemanns Pariser Reise.

Berlin, 13. Aug. Die offizielle deutsche Antwort auf die französische Einladung zur Unterzeichnung des Kelloggspaktes wird, dem „B. Z.“ zufolge, Ende der Woche nach Paris übermitteln. Die Entscheidung darüber, ob der Außenminister nach Paris fährt, fällt endgültig in den nächsten Tagen. Der Stellvertreter des Außenministers, Staatssekretär von Schubert, begibt sich morgen nach Oberhof, wo Dr. Strefemann zur Nachtur eingetroffen ist. Gegenstand der Besprechungen sind alle mit der Pariser Reise und dem Kelloggspakt zusammenhängende Fragen. Auch die Genfer Ratstagung dürfte behandelt werden. Da Strefemanns Gesundheitszustand befriedigend ist und über das französische Auslieferungsgesetz eine Verständigung erzielt ist, nimmt man, bestimmt an, daß die deutsche Antwort an Brand eine Zusage enthalten wird. Wann der Außenminister die Reise nach Paris antritt, steht noch nicht fest, vermutlich am 24. oder 25. August.

Keine Verhandlungen über Reparations- und Räumungsfragen.

Von unserer Berliner Redaktion. — Berlin, 13. Aug. (Dräht.) In der ausländischen Presse häufen sich in den letzten Tagen wieder die Meldungen, die davon wissen wollen, daß der Reichsaussenminister Dr. Strefemann bereits seine Zusage gegeben habe, bestimmt am 27. August in Paris zu sein, und daß in Paris auch wichtige außenpolitische Verhandlungen zu erwarten seien. Gegenüber diesen Meldungen wird von unterrichteter Seite noch einmal festgestellt, daß Strefemann noch keine Zusage gegeben hat und daß eine Räumungsentscheidung über die Pariser Reise nicht vor der Rückkehr Strefemanns aus seinem Erholungsurlaub, also frühestens Anfang nächster Woche, zu erwarten ist. Daß auch die weiteren Meldungen der ausländischen Presse, wonach Staatssekretär Kellogg länger in Paris zu bleiben gedenke und mit Strefemann auch das Reparationsproblem besprechen wolle, aus der Luft gegriffen sind, liegt nahe. In Berlin ist man jedenfalls der Ansicht, daß Kellogg nur zur Unterzeichnung des Antirüstungspaktes nach Paris kommt und Verhandlungen über Reparations-

und Räumungsfragen in Paris nicht stattfinden werden. Höchstens könnten die in Paris weilenden Staatsmänner sich zu persönlichen Unterhaltungen über diese Fragen bei dieser Gelegenheit treffen. Zu irgend einem Abbruch können aber diese Unterhaltungen nicht führen.

Fünf Jahre Außenminister.

13. August. Reichsminister Müller sandte heute an Reichsminister Dr. Stresemann folgendes Glückwunschtelegramm: „Es ist mir ein besonderes Bedürfnis, Ihnen anlässlich des heutigen fünften Jahrestages des Beginns Ihrer Tätigkeit als Leiter der deutschen auswärtigen Politik aufrichtigste und herzlichste Glückwünsche zugleich auch im Namen der Reichsregierung auszusprechen. Ihre Tätigkeit im Verlauf dieser fünf Jahre hat Deutschland in seiner Weltstellung um ein gutes Stück vorwärts gebracht. Mit diesen Wünschen verbinde ich die Hoffnung, daß wir Sie alsbald in voller Arbeitskraft und Gesundheit im Reichsministerium begrüßen können.“

Auch derjenige Politiker, der nicht zu den Parteifreunden Stresemanns gehört, wird diesen Jahrestag gern zum Anlaß nehmen, um seine Glückwünsche zum Ausdruck zu bringen. Die Persönlichkeit Dr. Stresemanns mag in ihren politischen Handlungen und Ideen noch so umstritten sein, wer willens ist, seinem Urteil aufrichtigste zugrunde zu legen, der wird mit der Anerkennung nicht zurückhalten, auf die Herr Stresemann in seiner Arbeit an sichtbarster Stelle während eines halben Jahrzehnts im Dienste von Reich und Volk gerechteste Ansprüche hat. Nicht alle Unternehmungen sind dem Außenminister und Außenpolitiker Stresemann geglückt. Seine zu starkem Optimismus hinneigende Natur hat manche Situation, die er schon herbeigeführt hat, den unerfüllten Tatsachen vorweggenommen. Zwei Verdienste müssen Stresemann unter allen Umständen zugeschrieben werden: Er hat den Ruf gehabt, einen Kampf zu liquidieren, dessen Beendigung für uns zu einer zwingenden Notwendigkeit wurde. Der Kampf um die Balkanhalbinsel. Seit dieser Zeit besitzt Dr. Stresemann die unverwundliche Gesundheit der rechtskräftigen Kriege.

Sein zweites großes Verdienst ist die Fortsetzung der Verständigungspolitik — auch dann, wenn es Unterschiede in der Beurteilung dieser oder jener Einzelmaßnahme gibt. Er hat damit das Ansehen und die Haltung des Deutschen Reiches nach außen in festerer Stellung mehr und mehr erweitert helfen und erheblich dazu beigetragen, daß das Vertrauen in uns gewachsen und gestiegen ist. Die große Linie ist durch Stresemann oft gegen den Widerstand der eigenen Partei, die mit ihm nicht immer mitgehen wollte, gehalten und verankert worden. Nicht selten hat Stresemann dabei — vor allen Dingen in den ersten Jahren seiner Amtsperiode — in starker Weise die Unterstützung des Zentrums und der Sozialdemokratie gehabt als die seiner Parteifreunde. Denn was die allgemeine Richtung angeht, so handelt es sich um jene Verständigungspolitik, die in ihrer Originalität auf die Regierungen zurückzuführen ist, zu denen die Deutsche Volkspartei noch in Opposition stand, ehe sie den Weg zur Verantwortung fand. Herr Dr. Stresemann muß unbedingt das ehrenvolle Zeugnis ausgestellt werden, daß er die stärkste Kriegerkraft für die praktische Umstellung der von ihm gegründeten und geleiteten Partei gewesen ist, und daß er durch diese Tätigkeit die Konfliktierung der inneren Verhältnisse außerordentlich hat fördern helfen.

Wäre er die innenpolitische Linie stets in gleicher Weise so einseitig durchzuführen wie die äußere, dann wären manche innenpolitischen Kompensationen und Experimente unterblieben. Aber hier ist Stresemann durch die Parteifreunde gehemmt und der Stimmungen gibt es in seiner Partei nicht viel weniger als in anderen auch.

Die „D. Allg. Ztg.“ schreibt, daß Dr. Stresemann sich in diesen 5 Jahren im Dienste des Vaterlandes verzeihlich und außerordentlich einen Grundstein gelegt habe, auf dem das Gebäude der deutschen Freiheit und Macht aufgerichtet werden könne. Auch das „Berliner Tageblatt“ stellt fest, daß die große und aufreibende Wiederarbeit Stresemanns an seiner Gesundheit nicht spurlos vorübergegangen sei, und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die zwei Monate Erholung den Außenminister so weit hergestellt haben, daß er wieder an die Lösung der großen außenpolitischen Fragen herantreten könne. Der „Börsenkurier“ weist auf das unbestrittene staatsmännliche Ansehen hin, das Stresemann sich bei allen Völkern durch sein unermüdetes Schaffen an Weltfrieden erworben habe, und das „Allgemeine Handelsblatt“ erinnert daran, daß das internationale Vertrauen, welches Stresemann genießt, seinen höchsten Ausdruck in der Verleihung des Nobelpreises gefunden habe.

Eine französische Stimme.

13. August. Zu dem fünfjährigen Außenminister-Jubiläum Stresemanns nimmt die französische Zeitung „Paris Soir“ Notiz und schreibt, Stresemann sei es als überaus wichtigem Angehörigen der Weltöffentlichkeit gelungen, den Geist von Locarno auch nach Deutschland zu verpflanzen. Er sei der deutsche Staatsmann gewesen, der der häßlichen Vergangenheit der Rassen zugewendet und seinem Volke einen Platz im Völkerverbund gesichert habe. Das Blatt hebt besonders hervor, daß Stresemann sich zur Republik bekannt habe. Als Anhänger einer deutsch-französischen Verständigungspolitik habe Stresemann alle Gegner dieses Wertes bekämpft. Briand und Stresemann hätten ihr Bestes für ihr Vaterland und damit für die Welt hingegeben.

Die Beschwerdeschrift des Deutschen Volksbundes in Ostoberschlesien.

13. August. Die neue Beschwerdeschrift des Volksbundes in Ostoberschlesien wegen der bevorstehenden Schließung mehrerer deutscher Wälder in der Gegend von Glatz ist bei dem Generalsekretariat des Volksbundes eingetroffen. Es handelt sich bekanntlich um neue Maßnahmen der polnischen Behörden, die im Widerspruch mit der Genfer Wälderkonvention stehen. Die hierin vorgelegene Schlußsatz ist in den betreffenden Wälderbesitzungen vollzogen worden, so daß zu einer Schließung der Wälder keine rechtliche Begründung besteht. Die von polnischer Seite angegebene Begründung der Maßnahmen mit dem Mangel an Schutzzämmen kann nicht als stichhaltig angesehen werden.

Nach den genauen Inhalt der Beschwerdeschrift werden von der Wälderbesitzungsabteilung des Volksbundes, die mit der Mandatsabteilung der einzelnen Volksbundesabteilungen sind, in der noch keine deutschen Beamten sind, kategorisch jede Erklärung abgelehnt. Es steht jedoch fest, daß die Beschwerde des Deutschen Volksbundes auf der am 30. August beginnenden Rats-

Um das Schicksal Kroatiens.

Die Befreiung Stefan Radisch.

Belgrad, 12. Aug. Unter außerordentlich großer Beteiligung der Stadt- und Landbevölkerung fand heute in Agram die Beerdigung der kroat. Wälderbesitzer Stefan Radisch statt. Nach der Einsegnung der Leiche um 10 Uhr vormittags hielten die politischen Führer der kroat. demokratischen Koalition, darunter Matichet, Tribitschewitsch und Trumbitsch, sowie der Bürgermeister von Agram, Dr. Reisinger, Trauerreden, in welchen die Radisch als idealen Vorkämpfer und Märtyrer mit dem kroat. Volk feierten. Gleichzeitig gelobten die Redner namens des kroat. Volkes, daß sie seinem Vermächtnis, dem Kampf für ein freies und glückliches Kroatien, treu bleiben werden. Tribitschewitsch verles Radisch als einen gefallenen Krieger, dessen Geist aber die Völkermassen auch in der Zukunft führen werde. Hierauf legte sich der fast endlose Trauerzug in Bewegung. Der Leichenwagen langte erst um 3 Uhr nachmittags am Agramer Friedhof an. Nach feierlicher Einsegnung erfolgte die provisorische Beerdigung der Leiche in einer Grube. Bis in die Abendstunden dauerte das Defilieren des Volkes. Vor dem Grab unter den zahlreichen Kränzen befand sich ein silberner Kranz des Königs, sowie ein von einem Bauern getragener Dornenkranz mit dem Gesicht, durch welches Radisch in der Stuporina verwundet worden war. Die Trauerfeier verlief in würdevoller Weise und größter Ruhe.

Verschärfung der Lage.

Agram, 12. Aug. Unmittelbar nach der Bestattung Radisch werden die großen politischen Auseinandersetzungen wieder beginnen. Die eigentliche schon durch die Reden im Landtagsgebäude und bei der Trauerfeier am Sonnabend und Sonntag eingeleitet wurden. Es muß mit einer außerordentlichen Verschärfung der Lage gerechnet werden. Matichet hat in seiner Rede in der Trauerfeier des Landtages die folgende programmatische Formel geprägt: ein geistig-ethisches, verwaltungsmäßig und finanziell selbständiges Kroatien, in dem das kroat. Bauernvolk selbst regieren soll. Diese Formel hat insbesondere in den Reihen der unabhängigen Demokraten große Zustimmung hervorgerufen, denn sie bedeutet die Forderung nach dem selbständigen kroat. Staat und leugnet jede verfassungsmäßige Bindung zwischen Kroatien und Serben. Tribitschewitsch und seine Anhänger beabsichtigen, bis spätestens Donnerstag eine gemeinsame Sitzung des kroat. demokratischen Blocks einzuberufen.

Die Verhandlung gelangt wird. Sie wird zunächst von dem Rat eingeleitet. Der Rat, das aus dem kroat. demokratischen Block und dem kroat. Bauernvolk besteht, besteht aus drei Komittees. Der Rat wird von dem kroat. Bauernvolk geleitet. Der Rat wird von dem kroat. Bauernvolk geleitet. Der Rat wird von dem kroat. Bauernvolk geleitet.

Paris und Radbruchs Verfassungsrede.

Paris, 13. August. Die Rede des früheren Reichsministers Radbruch der Verfassungsstelle im Reichstag wird von der Berliner Presse ausführlich besprochen. Die Blätter erörtern in diesen Ausführungen die offizielle Auffassung der Reichsregierung und münden in der Rede, wie der „Intrigant“ erklärt, den gleichen Wert, als wenn sie von Dr. Stresemann gehalten worden wäre. Das Blatt sucht den Beweis dafür zu erbringen, daß es immer nur ein Deutscher sei, der sich im Namen des Reiches für den Anschluß einsetzt; Deutschland sei die Stimme der Stimmen der Völker hin, wie es wohl wieder eine Großmacht werden, wo zu der Anschluß nur ein Mittel sei. Der „Intrigant“ gibt den Anhängern der Reichsregierung zu verstehen, daß ihre Auffassung sich nicht geändert habe und sie an den Beständen von Versailles und Trianon festhielten.

Die „Liberté“ erkennt an, daß es ohne Österreich keine völlige deutsche Einheit gäbe, und daß Österreich früher sogar der Kern und das Herz Deutschlands gewesen sei. Die große Gefahr besteht für das Reich nicht der Anschluß an sich, sondern die nach seiner Vernichtung folgende, daß die drei Millionen, durch die Verträge von 1919 der Tschechoslowakei zugeteilt, früher zu Österreich gehörten. Menschen, die einem vereinigten Deutschland-Österreich angeschlossen würden.

Das „Journal des Débats“ bemerkt sich zu bezeichnen, daß Deutschland durch die Trennung von Österreich im Jahre 1866 sich das Recht verschafft habe, nunmehr für den Anschlußgedanken einzutreten.

Englands Einigung mit Nanking.

London, 13. August. Das englische Außenamt veröffentlicht am Montagabend den Notenwechsel zwischen der Nanking-Regierung und dem britischen Generalkonsul in Shanghai über die Beilegung des Nanking-Vertrages. Danach erklärte Außenminister Balfour in seinem am 9. August datierten Schreiben, daß die Nanking-Regierung die Zwischenfälle aufrichtig bedauere und bereit sei, die volle Verantwortung dafür zu übernehmen, obwohl er ausdrücklich durch Rom in ungenügender Weise worden sei. Die an dem Zwischenfall beteiligten Dispositionen seien bereits aufgelöst worden. Schritte für die Beilegung der Streitigkeiten seien eingeleitet. Für alle Schäden würde Ersatz geleistet werden. Wangschang schließlich die Einigung eines gemäßigten Ausschusses zur Beilegung der Höhe des Schadenersatzes vor. Die Antwort des britischen Generalkonsuls gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Nanking-Regierung die angelegentlichsten Maßnahmen mit vollem Nachdruck durchzuführen werde.

Ein weiteres Schreiben des Außenministers Wang, das die Aufmerksamkeit der englischen Regierung auf die Beziehung von Teilen des Hafens von Nanking durch einen britischen Kreuzer lenkt, wurde von dem britischen Generalkonsul dahingehend beantwortet, daß die Beilegung lediglich zum Schutz der in Gefahr befindlichen britischen Staatsangehörigen erfolgt sei. In einem dritten Schreiben drückte Außenminister Wang die Hoffnung aus, daß nunmehr ein neuer Absatz in den Beziehungen zwischen England und China beginnen werde, und schloß vor, daß Schritte zur Revision der bestehenden Verträge auf der Grundlage der Gleichberechtigung und gegenseitigen Achtung gemacht werden. Der britische Generalkonsul erwiderte darauf, daß seine Regierung die Beilegung des Nanking-Vertrages an der Anerkennung der Verträge anerkenne und bereit sei, demnach mit der Nationalregierung in Verhandlungen darüber einzutreten.

Deutsches Reich.

Glückwunschtelegramm an den Reichspräsidenten anlässlich des Verfassungstages.

13. August. Anlässlich des Verfassungstages hat der Reichspräsident Glückwunschtelegramme von dem Reichspräsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, dem Kaiser von Mexiko, dem Kaiser von Japan und dem Kaiser von China sowie den Reichspräsidenten von Kolumbien,

und Dr. Matichet um Unterstützung zu bitten, welche fortsetzen und aus seiner programmatischen Erklärung zu ziehen gedenkt. Die Leitung des kroat. demokratischen Blocks liegt in den Händen eines Ausschusses, dessen Präsident Dr. Matichet ist und dem Tribitschewitsch, Dr. Trumbitsch und Predabetsch angehören. Tribitschewitsch und seine Anhänger wünschen eine staatsrechtliche Form, die die Grundlage der gegenwärtigen Verfassung anerkennt. Dr. Matichet und wohl auch Predabetsch verlangen dagegen den selbständigen kroat. Staat. Dr. Trumbitsch geht etwas weniger weit. Er verlangt eine Verfassungsreform auf föderalistischer Grundlage. Immerhin hat sich Dr. Trumbitsch in seiner Rede am Sonntag zu einem sehr radikalen Programm bekannt. Er sprach vom kroat. Staatsrecht, das von niemand mehr angefaßt würde. Das Zusammenwirken zwischen Tribitschewitsch und den übrigen kroat. Führern wird also den schwersten Belastungsproben ausgesetzt sein.

Der neue Vorsitzende der Kroat. Bauernpartei.

Belgrad, 13. Aug. Matichet, der Vizepräsident der Kroat. Bauernpartei, wurde in der heutigen Sitzung der kroat. Abgeordnetengruppe an Stelle des verstorbenen Stefan Radisch zum Präsidenten gewählt.

Entgegen dem im Testament Radisch enthaltenen Wunsch ist also nicht Trumbitsch zum Vorsitzenden gewählt. Matichet steht vor seiner letzten Aufgabe. Mit Radisch sind die kroat. Bauern durch die dünn gewordenen und in den unwahrscheinlichsten Widersprüchen und Widersprüchen in seinen politischen Ansichten, er hatte die Masse der kroat. Bevölkerung in der Hand. Ob diese jugendliche Macht auch Matichet eigen sein wird, muß man sehr bezweifeln.

Revolverschüsse auf das kroat. Bauernheim.

Agram, 13. Aug. In der vergangenen Nacht wurden gegen das kroat. Bauernheim mehrere Revolverschüsse abgegeben, die jedoch keinen Schaden anrichteten. Die polizeiliche Untersuchung hat ergeben, daß die Schüsse aus einem demnächstigen Haus abgefeuert worden sind. Der Täter ist unerkannt entkommen.

Kleine Auslandsnachrichten.

Deutsche Gelehrte nach Prag berufen.

Prag, 12. Aug. Der Präsident der Republik ernannte den a. o. Professor an der Universität in Köln, Dr. phil. Lindworf, zum ordentlichen Professor für Philosophie an der philosophischen Fakultät der Deutschen Universität in Prag. Ferner wurden der a. o. Professor an der Technischen Hochschule in Stuttgart Kurt B. B. zum ordentlichen Professor für chemische Technologie der organischen Stoffe, und der Privatdozent der Technischen Hochschule in Wuppertal bei Schanghai Regierungsbaumeister Ingenieur Dr. Alfred B. zum ordentlichen Professor für Wasserbau III an der Technischen Hochschule in Prag ernannt.

Die Todesursache bei dem ehemaligen Abgeordneten Galmot.

Paris, 13. August. Wie aus Canenne gemeldet wird, hat die gerichtliche Untersuchung der Leiche des ehemaligen Abgeordneten Galmot als Todesursache Herzenerkrankung ergeben. Die Stimmung der Bevölkerung ist, wie von amtlicher Seite mitgeteilt wird, immer noch so gereizt, daß neue Unruhen befürchtet werden.

Englische Nachschiffmanöver.

London, 13. August. Heute abend nehmen die Luftschiffe ihren Anfang, die in jeder Nacht dieser Woche fortgesetzt werden. An den Manövern werden 250 Apparate der großbritannischen Luftstreitkräfte teilnehmen.

Golf Calles im Amt bleiben.

London, 13. Aug. „Times“ meldet aus Mexiko: Über 100 politische Gruppen haben ein Gesuch unterzeichnet, in dem Präsident Calles, dessen Amtszeit am 1. Dezember b. J. abläuft, aufgefordert wird, zwei Jahre länger im Amt zu bleiben. Der Vorschlag wird dem Kongress bei seinem Zusammentritt am 1. September unterbreitet werden.

Professor Hoehsch in Amerika.

Newport, 13. Aug. Reichstagsabgeordneter Professor Hoehsch traf heute mit seiner Gemahlin an Bord des Lloydampfers „München“ hier ein und wurde am Freitag von Generalkonsul von Reminski und Konsul Dr. Dreßler empfangen. Professor Hoehsch reiste sofort nach Williamsstown, Maryland weiter, wo er heute abend seine erste Vorlesung vor dem Institut of Politics halten wird.

Schweres Unglück in einer Schleiße.

Berlin, 13. Aug. Ein Motorboot wollte gestern mit etwa 100 Mitgliedern eines Berliner Klubs eine Ausflugsfahrt nach Neßitz unternehmen. Als es die Charlottenburger Schleife eingeschlagen war, wurde es dort festgemacht, und die Besatzung verließ das Boot, um in die Schleusenbüros die Papiere zu holen, während die Fahrgäste auf dem Fahrzeug verblieben. Inzwischen wurde das Wasser aus der Schleife abgelassen, und das Schiff neigte sich zu Seite und drohte umzukippen. Der Feinmechaniker Walter, der die Gefahr bemerkte, wollte, um die Ausstiegsgeländer zu retten, das Boot mit einem Wasser durchdringen. In dem Augenblick, als er sich über das Boot beugte, rutschte das Boot und das Schiff neigte sich zu Seite und drohte umzukippen. Der Feinmechaniker Walter, der die Gefahr bemerkte, wollte, um die Ausstiegsgeländer zu retten, das Boot mit einem Wasser durchdringen. In dem Augenblick, als er sich über das Boot beugte, rutschte das Boot und das Schiff neigte sich zu Seite und drohte umzukippen.

Eisbrecher „Krajin“ in Stavanger.

Stavanger, 11. Aug. Der Eisbrecher „Krajin“ ist heute vormittag, von zahlreichen Dampfern, Motorbooten und Flugzeugen begleitet, in den hiesigen Hafen eingelaufen. Der russische Filmopérateur Pawlitschew, der dem Vertreter von „Krajin“ eine Unterredung, in der er erklärte, daß er seinerzeit etwa 400 Meter Film aufnahmen von der Gruppe Marino gemacht und sie zur Entwicklung nach Russland geschickt habe. Es sei jedoch wegen der schnellen Fahrt unmöglich, mit Bestimmtheit zu sagen, ob sich zwei oder drei Personen auf dem Eis befanden. Der Leiter der Filmexpedition der „Krajin“, Prof. Samoilowitsch, erklärte in einer Unterredung, die Italiener hätten ohne Zweifel alles in ihrer Macht Ständige getan, um ihre Expedition zu einem glücklichen Abschluß zu bringen; es sei unmöglich, die Schuld an der Katastrophe anzuliegen. An der italienischen Expedition, fuhr er fort, ist in der ganzen Welt Kritik geübt worden. Wenn aber das Unternehmen glücklich verlaufen wäre, so würden die Italiener von der ganzen Welt gefeiert worden sein. Es ist mein fester Glaube, so schloß Samoilowitsch seine Ausführungen, daß die Russen noch am Leben sind.

Der Gesundheitszustand Nobles.

Rom, 13. August. Wie die Blätter melden, hat General Noble auf Anraten seines Arztes, des Professors Baitonelli, seine Reise nach Mailand verlassen, da sein Gesundheitszustand sich noch nicht vollkommen gebessert hat.

Vermischte Nachrichten.

Ein Rennfahrer schwer verletzt auf der Chaussee aufgefunden.

Berlin, 13. Aug. Der im Motorradport bekannte Rennfahrer und Kraftfahrzeughändler Martin Fromm aus Berlin-Charlottenburg wurde Sonntag früh auf der Landstraße nach Schmöow mit einer Gehirnverletzung und schweren Verletzungen bedingungslos aufgefunden. Ob er mit seinem Motorrad verunglückt, oder von einem anderen Wagen überfahren worden ist, steht zurzeit noch nicht fest.

Ein Autounfall.

Berlin, 13. Aug. Heute früh um 3 Uhr fuhr ein Autobus in Moabit infolge Versagens der Steuerung auf den Bürgersteig gegen einen Baum. Das Vorderrad des Wagens wurde vollständig zerstört. Der Fahrer sowie fünf Insassen wurden schwer, vier weitere leichter verletzt.

Zugunfall auf der Berliner Vorortbahn.

Berlin, 11. Aug. In unmittelbarer Nähe des Bahnhofs Vorortbahn entgleiste heute nachmittags in der dritten Stunde nach einer Meldung der „Voll. Zeitung“ die Lokomotive eines Zuges und blieb mit den Waggons zwischen zwei Brückenüberführungen hängen. Der nachfolgende Zugwagen sprang ebenfalls aus den Schienen und legte sich über die Nachbargasse. Dadurch wurde der Verkehr zwischen Bahnhof Vorortbahn und dem Potsdamer Ringbahnhof unterbrochen. Personen sind nicht verletzt worden. Die Aufräumarbeiten dürften nach einer Mitteilung der Reichsbahndirektion mindestens fünf Tage in Anspruch nehmen.

Eine Papierfabrik abgebrannt.

Wernigerode, 13. Aug. Am Sonntag früh nach 4 Uhr brach in der vormals Heidenauer Papierfabrik U. G. im oberen Halbbau Feuer aus, das sich, getrieben von großen Papierrollen, schnell auf das ganze Werk verbreitete. Die Fabrik brannte bis auf die Umfassungsmauer nieder; es steht nur noch ein geringer Rest eines großen Maschinenraumes. Der größte Teil der Maschinen und der Papier- und Rohstoffvorräte wurde ein Raub der Flammen. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt. Die Fabrik hatte längere Zeit stillstehen und der Betrieb ist erst vor kurzem wieder aufgenommen worden. Zwei angrenzende Häuser wurden in Mitleidenschaft gezogen.

Ein schwerer Motorradunfall.

Benzig, 13. Aug. Am Sonntag vormittag hat sich auf der Staatsstraße Benzig-Weipitz an der Kreuzung der Straße von Wabernburg nach Köstlich ein schwerer Zusammenstoß zweier Kraftfahrzeuge ereignet. Ein von Chemnitz kommender Elektromotor fuhr mit seinem Kraftwagen, auf dessen Soziusplatz sich eine Frau befand, an der erwähnten Straßenkreuzung einem aus der Richtung Wabernburg kommenden mit ebenfalls zwei Personen besetzten Kraftwagen mit voller Wucht in die Seite. Sämtliche der Personen wurden auf die Straße geschleudert, wo sie schwerverletzt liegen blieben. Die Frau des Chemnitzer Elektromotors erlitt einen Schädelbruch und verstarb alsbald. Die drei Schwerverletzten wurden dem Krankenhaus zugeführt.

Schweres Bootsungsunglück.

Kiel, 13. August. In der vergangenen Nacht gegen 11 Uhr ist auf der unteren Schwentine das Motorboot „Alte“ infolge einer Verfehlung gesunken. Die „Alte“, die nur acht Personen fördern darf, hatte 21 Fahrgäste an Bord, die, wie auch der Führer des Bootes, angeordnet und gesunken sein sollen. Vom Ufer aus wurden die Leichen geborgen, sowie auch das Boot geborgen; doch der Leichnam des Führers vom Ufer aus geborgen. Der Leichnam des Führers wurde geborgen. Der Führer des Bootes wurde verhaftet.

Der tschechische Komponist Janacek gestorben.

Mährisch-Odrau, 12. Aug. Der tschechische Komponist Leo Janacek ist heute im Alter von 74 Jahren an Lungenentzündung und Herzschwäche gestorben.

Die Enschädigung für die Bergung der Leiche Löwensteins.

Paris, 13. Aug. Die Fischer von Calais, die seinerzeit die Leiche des verunglückten Bankiers Löwenstein im Meer gefischt hatten und dadurch wesentlich zur Bergung der Leiche beigetragen hatten, hatten, wie erinnerlich, von der ausgehenden Regierung als angelegte Entschädigung 1500 Mark erhalten. Die Fischer, die die Leiche geborgen hatten, hatten, wie erinnerlich, von der ausgehenden Regierung als angelegte Entschädigung 1500 Mark erhalten. Die Fischer, die die Leiche geborgen hatten, hatten, wie erinnerlich, von der ausgehenden Regierung als angelegte Entschädigung 1500 Mark erhalten.

Entdeckung eines unbekannten vorgeschlichen Angeheuers.

Peking, 11. Aug. Eine von Roy Chapman Andrews geleitete amerikanische Expedition, die sich auf einer naturwissenschaftlichen Forschungsreise durch die Mongolei befindet, meldet, sie habe die Knochen eines prähistorischen Angeheuers entdeckt, das bis jetzt vollkommen unbekannt war. Andrews meint, der Kopf des Tieres habe bei dessen Lebzeiten ungefähr 180 Kilo gewogen.

Westfäl.

Am Sonntag nach dem großen Orte Westfäl. ...

Die Frage der ...

Westfäl.

Die Frage der ...

Westfäl.

Die Frage der ...

Die Frage der ...

Westfäl.

Die Frage der ...

Westfäl.

Die Frage der ...

Westfäl.

Die Frage der ...

Westfäl.

Die Frage der ...

Westfäl.

Die Frage der ...

Westfäl.

Die Frage der ...

Westfäl.

Die Frage der ...

Westfäl.

Die Frage der ...

[illegible]